

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Druckerei Wilsdruff mit Anstalten der Schrift- und Lithographie nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Druckerei bei  
Wilsdruff monatlich 20, durch unsere Redaktions-Verwaltung in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande  
22, durch die Post bezogen Vierteljährlich 70, mit Zustellungsgeld. Alle Postgebühren und Porto werden  
unser Redaktions-Verwaltung übernimmt. In Falle höherer Gewalt, Krieg oder  
sonstiger Unfälle wird die Redaktion keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des  
Zugesperrpreises.



Interessante Preisliste für die 6 halbjährigen Abonnements oder deren Anzahl, die 2 halbjährigen Abonnements  
Die Wilsdruffer Zeitung und Jahrbuchzeitung zusammenfassend Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von  
Zeitschriften) die 2 halbjährigen Abonnements 50 Pfg. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg.  
10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernschreiben übermittelten Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Haftung. Jeder Anzei-  
genauftrag erfolgt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftragsgeber in Kenntnis gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißner, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Druckereibesitzer: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 47

Freitag den 24. Februar 1922.

81. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Auf Einladung maßgebender englischer Kreise sind deutsche Vertreter zu den Beratungen des Finanzkonferenzen für Rußland nach London gefahren.
- \* Der Reichskanzler erklärte im Reichstage, daß demnächst Vorbesprechungen mit den Parteiführern über die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten stattfinden sollen.
- \* Lloyd George wird sich am Sonnabend zu einer Besprechung mit Poincaré nach Paris begeben.
- \* Die Konferenz in Genua wird nach neueren Anweisungen der italienischen Regierung wahrscheinlich am 23. März beginnen.
- \* Bei der Explosion des amerikanischen Militär-Luftschiffes „Roma“ sind 35 Personen ums Leben gekommen.

## Gang nach Canossa?

Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, kommt Mohammed zum Berg. Lloyd George, der den Übergang der Regierungsgewalt von seinem Freunde Briand auf Herrn Poincaré gewiß nicht gern gesehen hat, mußte, als er nach dem vorzeitigen Abbruch der Canner Konferenz Paris passierte, dort dem neuen Chef der französischen Regierung wohl oder übel seine Aufmerksamkeit machen. Daß ihre Unterhaltung aber damals von besonderer Herzlichkeit gewesen wäre, wagte niemand zu behaupten. Lloyd George zog sich danach ganz und gar auf seine irischen, indischen und ägyptischen Sorgen zurück und fand nur ab und zu einmal ein Wort für die großen europäischen Probleme, die, wie er wohl sehen mußte, von Frankreich in sehr robuster Bearbeitung genommen wurden.

Wenn er sich nun plötzlich für nächsten Sonnabend in Paris zu Besuch anmeldet, so weiß man nicht recht, ob er müde geworden ist, oder ob er es endlich für nötig hält, den französischen Stier bei den Hörnern zu packen. Poincaré hat sein Verlangen nach Vertagung der Konferenz von Genua in einer ausführlichen Note bekräftigt, auf die er von London her seiner schriftlichen Antwort gewidmet wurde. Seine Vorliebe für diplomatischen Notenwechsel wird von Lloyd George ganz bestimmt nicht geteilt, doch scheint dieser eine Verständigung mit Frankreich über die alle Welt bewegenden Fragen der internationalen Politik doch wohl nach wie vor in hohem Grade erstrebenswert zu finden. So will er durch mündliche Verhandlungen vielleicht in beschleunigtem Verfahren zu erreichen suchen, worüber man sonst noch monatelang hin und her hätte schreiben müssen. Der englische Premierminister dürfte auch nicht ohne gewichtige Hilftuppen in Paris eintreffen. Vor allen Dingen soll sein Finanzminister ihn begleiten, um mit französischen Finanzkreisen auch die Reparationsfrage wieder einmal durchzusprechen. Dem Anschein nach geht es also gemäß den Wünschen Poincarés, der seine Beteiligung an der Konferenz von Genua von einer vorherigen Verständigung mit England über die hauptsächlichsten Programmpunkte abhängig gemacht hat. Wenn es dabei bleibt, daß in Genua nicht über die Reparationsfrage verhandelt werden darf, und wenn die politischen Differenzen, die den englischen und französischen Staatsmännern in letzter Zeit so viel Kopfzerbrechen verursachten, vorher auch noch unter ihnen sozusagen endgültig beglichen würden, so könnte auch Lloyd George, entgegen seinem bisherigen Verhalten, in eine beliebige Vertagung der Konferenz feierlich einwilligen, denn was sie dann noch den gegangenen Völkern Europas für einen wesentlichen Vorteil bringen könnte, ist schwer einzusehen. Einstweilen wird immer deutlicher, daß Poincaré es verstanden hat, die Abhängigkeitsverhältnisse auf der Konferenz seinen politischen Bedürfnissen mehr und mehr anzupassen. Im Verein mit Belgien kann er mit Sicherheit auf die Stimmen der zur Kleinen Entente gehörigen Staaten und wohl auch der russischen Randstaaten rechnen. Mittelamerika, Südamerika fesseln auch jetzt noch überwiegend im Meerwasser der französischen Politik, und Japan und China werden alles andere eher als zuverlässige Verbündete der Angelfischen sein wollen. Das sind reale Tatsachen, die Poincaré zu schaffen verstanden hat, und auf die geht er den weiteren diplomatischen Kampf mit Lloyd George immerhin schon mit ziemlichem Selbstbewußtsein aufnehmend an.

Dazu kommt, daß die innerpolitische Stellung des britischen Premierministers nach und nach morsch zu werden beginnt, während sein Gegenpieler in Paris erst vor wenigen Tagen noch ein einstimmiges Vertrauenstimmen der Vollvertretung einheimischen konnte. In der Tat lehrt ja jeder Tag aufs neue, daß die französische Kammer für einen irgendwie gearteten Verständigungs- oder Verständigungsgeboten noch gänzlich unzugänglich ist. Jetzt ist diesen Herren, wie bei der fortgesetzten Budgetdebatte zu vernehmen war, selbst Dr. Birch, der Erfüllungskanzler, schon nicht viel mehr als ein „Wohler“, der sich den deutschen Zahlungsvorschlägen auf äußerster verständnisvoller Weise zu entziehen trachtet. Mit scheinheiligem Pathos wird versichert, daß Deutschland kein anderes Ziel habe, als die wirtschaftliche Wiederherstellung Frankreichs zu verhindern, und ein um das andere Mal wird erklärt, daß es keine andere Politik gegen Deutschland gebe als den Zwanz. Und immer wieder

taucht der Gedanke einer Loslösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich in diesen Gehirnen auf; man vermag in Paris auch jetzt noch das Bedauern darüber nicht zu unterdrücken, daß dieser Zugriff unmittelbar nach dem Waffstillstand versäumt wurde. Natürlich wird das Wort „Annexion“ dabei zurückgewiesen. Man sagt vielmehr, es handele sich in Wahrheit nur um „Reparationen“. Die Bewohner des Rheinlandes seien preußenfeindlich, daraus müsse man für Frankreich Nutzen ziehen. Also immer wieder der gleiche Rückfall in den äußersten Chauvinismus, der Herrn Poincaré, er mag innerlich über ihn denken wie er will, für seine internationalen Verhandlungen gewiß äußerst willkommen ist.

Alles in allem genommen: Lloyd George geht wieder einmal einen schweren Gang. Auch für uns Deutsche ist es eine Frage von schicksalsschwerer Bedeutung, ob dieser Weg nach Paris für ihn ein Gang nach Canossa wird.

## Deutsche Sachverständige in London.

Ein Wiederaufbau-Syndikat für Rußland.

Auf Grund der Verhandlungen in Cannes ist in London nunmehr eine Vorbesprechung zur Bildung des internationalen Wiederaufbausyndikats für Rußland eingeleitet worden. Dieses Syndikat geht auf einen englischen Plan zurück und sieht die Bildung einer Gesellschaft mit einem Kapital von zwanzig Millionen Pfund Sterling vor. Es soll aus den fünf Mächten England, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan bestehen. Von deutscher Seite ist besonders außer dem Stinnes-Konzern auch die A. G. S. und die Firma Krupp lebhaft beteiligt. Nunmehr haben maßgebende englische Kreise die Reichsregierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die

Anwesenheit deutscher Vertreter gern sehen

würden. Auf die Einladung hin haben sich sofort deutsche Vertreter nach der englischen Hauptstadt begeben. Unter ihnen befinden sich Staatssekretär Bergmann und Geheimrat Kempner. Zu beachten ist, daß das Konjunktur-Regierungskomitee, sondern ein privatwirtschaftliches Unternehmen ist, das also auch die deutschen Vertreter nur als private Geschäftsmänner in London weilen. — In rechtsstehenden parlamentarischen Kreisen befürchtet man, das ganze Projekt könnte unter Umständen derartig abgeändert werden, daß es für Deutschland eine Gefahr bedeuten könnte, nämlich dann, wenn Deutschland weiter nichts mehr sein würde als

der Arbeiter der Entente für Rußland,

und wenn wir durch den Plan in wirtschaftliche Abhängigkeit besonders von England gebracht würden. Sollten die Deutschen aber tatsächlich zu aktiver und positiver Mitarbeit herangezogen werden, dann dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß unter Umständen Rathenau persönlich sich an den Besprechungen des Syndikats beteiligen würde. In wirtschaftlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß trotz aller Zweifel der deutsche Regierung wohl kaum gut daran tun würde, wenn sie die Mitarbeit in dem geplanten weltwirtschaftlichen Syndikat ablehnen wollte. Deutschland muß jede Möglichkeit weltwirtschaftlicher Betätigung, die ihm geboten wird, ausnützen, und deshalb kann es, wenn einmal der Syndikatgedanke reif zur Ausführung ist, auch in diesem Rahmen seine Mitwirkung nicht verweigern.

## Diplomatischer Irrgarten.

Amerikanische Flottenstützpunkte in Frankreich.

Einen recht interessanten Blick in die Irwege der hohen Politik eröffnet eine Erklärung, die der bekannte rechtsradikale französische Abgeordnete Lardieu aus Anlaß der Rückkehr der französischen Delegation aus Washington in der Presse verbreitet. Der wichtigste Satz daraus lautet: „Was hat denn Briand versprochen, das unerhörte Angebot zu machen, französische Häfen als amerikanische Seebasis anzubieten gegen einen Gegner, den er, Lardieu, nicht nennen wollte?“ Lardieu fährt fort: „Das waren unsere Fehler auf dieser Konferenz, zu der Briand „in der albernsten Pose des Vermittlers“ abrief.“

Dieser ungenannte Gegner ist natürlich niemand anderes als England, und der Gedankengang Briands war also der, daß er aus der bekannten englisch-amerikanischen Konferenzstimmung für Frankreich Nutzen ziehen wollte, indem er den Amerikanern andeutete, sich französische Häfen zu bedienen, dafür aber Frankreichs Standpunkt in europäischen Fragen gegen die in vielen Fragen abweichende Meinung Englands zu unterstützen. Er scheute dabei anscheinend nicht davor zurück, den Amerikanern gegen den eigenen allerengsten Bundesgenossen England militärische Hilfsmittel zu versprechen. Mit Recht bezichtigt Lardieu solche diplomatischen Irwege als unerhörl. Dieser Plan ist aber offensichtlich total fehlgeschlagen, und zwar ist er an der englisch-amerikanischen Interessengemeinschaft gescheitert, die zurzeit eben doch erheblich stärker ist als die trennenden Momente zwischen den beiden angloamerikanischen Großmächten. Frankreich wird damit rechnen müssen, daß es nur auf Grund einer vernünftigen Abrüstungs- und Reparationspolitik, nicht aber mit Quer-

retroversen gegen England das Wohlwollen Amerikas finden kann, das ihm wegen seiner großen Schulden an Amerika so wertvoll und notwendig wäre.

## Anderungen an den Vermögenssteuern.

Beschlüsse des Steuerausschusses.

Der Steuerausschuss des Reichstages beendigte die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über die Vermögenssteuer. Die Verteilungsvorschriften des § 16 wurden nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen; nur die auf die verpackten Grundstücke bezügliche Bestimmung wurde gestrichen.

Der Tarif der Vermögenssteuer

wurde nach einem Kompromißantrage der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei folgendermaßen festgesetzt: Die Vermögenssteuer beträgt jährlich für die natürlichen Personen:

von den angefangenen oder vollen 20 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 1 vom Laufend	1,5 vom Laufend
weitere 20 000 Mark	2
20 000	3
1 Million Mark	4
2	5
3	6
4	7
5	8
10	9
die weiteren Beträge	10

Der Zuschlag zur Vermögenssteuer beträgt nach den Ausschussbeschlüssen von dem ersten angefangenen oder vollen 250 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 10%; für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 15%, und für die weiteren Beträge 200 Prozent der Vermögenssteuer. Der Entwurf des Gesetzes über die Abgabe von Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit wurde vom Ausschusse entsprechend dem Steuerkompromiß, abgelehnt. — Der Steuerausschuss beschloß ferner folgende

Staffelung der Vermögenszuwachssteuer

für die ersten angefangenen oder vollen 200 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögenszuwachs	1 Proz.
200 000 Mark	2
800 000	3
800 000	4
1 000 000	5
1 000 000	6
1 000 000	7
1 000 000	8
1 000 000	9
weiteren Beträge	10

Bei der Berechnung der Steuer bleibt ein Vermögenszuwachs, der länger als zwölf Jahre zurückliegt, außer Anschlag. Die übrigen Bestimmungen dieses Entwurfs wurden nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen und damit das ganze Gesetz.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz.

In der kommenden Woche werden die durch den Eisenbahnerstreik unterbrochenen Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz im Reichsverkehrsministerium mit den Spitzenorganisationen der Eisenbahnbeamten und der Gewerkschaften wieder aufgenommen werden. Inzwischen haben die einzelnen Verbände Stellung genommen und eine Reihe von Änderungsanträgen fertiggestellt, die neue Verhandlungen nötig machen werden.

Ersparnisse beim Wiederaufbauministerium.

Ähnlich wie beim Schatzministerium und beim Ernährungsministerium hat der Hauptauschuss auch beim Etat des Wiederaufbauministeriums eine Anzahl Abschnitte vorgenommen. Wenn auch ein sozialdemokratischer Antrag, wonach 173 Stellen vom 31. Dezember 1922 ab in Fortfall kommen sollten, nicht angenommen wurde, so wurden doch vom Ministerium sieben, von der Kolonialzentralverwaltung vier, von nachgeordneten Behörden sechsundsechzig, vom Reichsausschuss für den Wiederaufbau der Handelsflotte zehn, insgesamt 87 Stellen gestrichen. — Auf die Anfrage eines deutschnationalen Abgeordneten, was denn nun eigentlich tatsächlich an Aufbauarbeiten für die zerstörten Gebiete geleistet sei oder geleistet werden sollte, wurde von Regierungsseite erklärt, es seien bisher von Deutschland angeboten für 18 Milliarden Papiermark, angefordert sei darauf von der Gegenseite für drei Milliarden, geliefert dann für eine halbe Milliarde Papiermark, für 2½ Milliarden Beteiligungen seien noch in Erledigung begriffen.

Rein neuer Eisenbahnerstreik geplant.

Die Leitung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -amwärter, die den kürzlichen Streik anordnete, hat sich mit der jüngsten Erklärung des Reichsverkehrsministers Groener gegen einen eventuellen neuen Streik beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: „Für die Reichsgewerkschaft bleiben die für den